

Öffentliche Gemeinderatssitzung

Verhandelt: Markdorf, den 17. Oktober 2017

Anwesend:

- 1. Bürgermeister:** Georg Riedmann
- 2. Bürgermeister-Stellv.:** Martina Koners-Kannegießer
- 3. Stadträte:** Achilles, Bischofberger, Bitzenhofer(geht 18:55), Braun, Heilmaier, Gratwohl (ab 18:05), Heimgartner, Holstein, Koners-Kannegießer, Mock, Neumann, Oßwald, Pfluger(ab 18:11), Sandkühler, Steffelin, Sträßle, Viellieber, Wild, Zimmermann, Zumstein
- 4. Protokollführung:** Thilo Stötzner
- 5. Beamte, Angestellte usw.:** Herr Dr. Grafmüller Ortschaft Ittendorf, StOVR Schiele, Herr Habnitt, Frau Mutschler, Herr Schlegel, Herr Wiggenhauser, Frau Schneider, Herr Stötzner
- 6. Sitzungsdauer:** 18:00 Uhr – 22:14 Uhr
- 7. Sitzungsort:** Bürgersaal des Rathauses

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der gesamte Stadtrat durch Ladung vom 17.Oktober 2017 ordnungsgemäß einberufen worden ist.

Gesamtzahl des Gemeinderates: 25
Anwesend waren: 21
Entschuldigt: Frau Stadträtin Deiters Wälischmiller, Herr Stadtrat Roth, Herr Stadtrat Dr. Hepting, Herr Stadtrat Schley

96. Bürgerfrageviertelstunde**97. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse****98. Konzept für einen Bürgerbus für die Stadt Markdorf****99. Antrag der Stadtkapelle Markdorf auf Gewährung eines Zuschusses für die Beschaffung neuer Uniformen und für die Gestaltung des Jubiläumsprogrammes im Jahr 2018****100. Rathaus im Bischofsschloss****101. Entwicklung der Belegungszahlen in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in Markdorf****102. Kindergartenbedarfsplanung 2017 der Stadt Markdorf****103. Erweiterung Kindergarten St. Elisabeth****104. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Markdorf und dem Landkreis Bodenseekreis zur Regelung der Schulträgerschaft und Kostentragung für den Komplex Bildungszentrum Markdorf****105. Nachtragshaushaltsplan Stadt 2017****106. Erlass einer Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Markdorf (Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung-FwKS)****107. Umsetzung des Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten der Stadt in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)****108. Ersatzbeschaffung eines Kleingeräteträgers für den städtischen Bauhof****109. Neubeschaffung eines Sichelmähers für die Stadtgärtnerei****110. Bekanntmachungen, Wünsche und Anträge****96. Bürgerfrageviertelstunde**

Herr Staerke meldet sich aus der Zuhörerschaft zu Wort und spricht die in der letzten Gemeinderatssitzung vorgeführte Schrankensimulation an der Bahnunterführung Bernhardstraße-Gutenbergstraße an. Er habe sich die Situation morgens früh direkt vor Ort angeschaut, hier natürlich mit der entsprechenden Schülerzahl und dem normalen morgendlichen Verkehrsaufkommen. Er bitte darum, die Simulation für die morgendlichen Stunden nochmals zu testen. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt zu diesem Thema, er habe dies bereits mit Herrn Schlegel und Herrn Hess besprochen. Das Ingenieurbüro Brenner Bernhard Ingenieure GmbH soll nochmals mit einer Untersuchung am Vormittag beauftragt werden.

97. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Aus der nicht-öffentlichen Sitzung vom 19.9.2017 gibt Bürgermeister Riedmann folgende Beschlüsse bekannt:

Unterbringung der Volkshochschule (VHS) des Bodenseekreises in Räume des Gebäudes Poststraße 4

Der Gemeinderat hat beschlossen, unter Abwägung aller Umstände dem Abschluss eines Mietvertrages für die Räume in der Poststraße 4 ab 01.12.2017 zu zustimmen. Gleichzeitig wird mit dem Landkreis für Zwecke der VHS ein Untermietvertrag ab 01.01.2018 über diese Räumlichkeiten abgeschlossen.

Bestellung eines weiteren Standesbeamten

Der Gemeinderat hat beschlossen, Herrn Jürgen Hess mit Wirkung ab 20. September 2017 zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Markdorf zu bestellen.

98. Konzept für einen Bürgerbus für die Stadt Markdorf

- a) Vorstellung der Idee für einen Bürgerbus durch den Verein Bürger für Bürger Markdorf
- b) Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Riedmann begrüßt Herrn Schalski und Herrn Sieger vom Verein Bürger für Bürger und bittet diese nach vorne. Herr Sieger bedankt sich für die Möglichkeit, die Idee des Bürgerbusses heute hier vorstellen zu dürfen. Er führt aus, bereits seit 2015 habe der Verein die Bürger auf ein Konzept Bürgerbus angesprochen und den Bedarf dafür ermittelt. Herr Sieger gibt nun an Herrn Schalski ab, der anhand einer PowerPoint Präsentation das Konzept vorstellen werde. Herr Schalski erklärt das Konzept des Bürgerbusses, dies gibt es bereits seit 20 Jahren. Das Besondere sei, dass beim Bürgerbus Bürger für Bürger fahren, d.h. es gebe ausschließlich ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer. Die Busse würden auf Lücke fahren, immer dann wenn der ÖPNV nicht fährt. Er zeigt anhand von mehreren Beispielen, dass nach einer gewissen Anlaufphase das Projekt Bürger Bus oft auch schon kostendeckend funktioniere. Die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg habe sie bei ihren Planungen unterstützt, d.h. ein gewisses Know-how

sei jetzt schon bereits vorhanden. Zum Thema Finanzierung erklärt Herr Schalski, dass auch durch das Land eine Förderung für die Beschaffung eines neuen oder gebrauchten Busses, oder auch eines E Busses, als auch die Kosten für die notwendigen Personenbeförderungsscheine für die Fahrer möglich sei. Der Bürgerbus solle im Rahmen des Personenbeförderungsgesetzes betrieben werden und somit Bestandteil des ÖPNV Angebots im Bodenseekreis werden. Er betont jedoch, dass der Bürgerbus keine Konkurrenz zu den bestehenden Angeboten wie zum Beispiel dem AST werden solle. Es gebe auch unterschiedliche Zielgruppen bei den Nutzern von AST und ÖPNV. Er sehe als Zielgruppe für den Bürgerbus zum Beispiel Seniorinnen und Senioren, Behinderte und nicht behinderte, Kinder Schüler als auch Jugendliche. Der Bürgerbus könne als Ersatz für das Taxi Mama fungieren. Herr Schalski sehe das Bürgerbuskonzept auch als Inklusions- und Sozialprojekt. Er erklärt die Vorgehensweise bei der Erstellung des Bürgerbuskonzeptes. Man habe durch Informationsveranstaltungen und Befragungen der Bevölkerung, über Pressemitteilungen und durch Informationen im Internet erreicht, das sich ca. 300 Bürger an der Erstellung des Konzeptes beteiligt hätten. Er nennt als Informationsveranstaltungen zum Beispiel Info-Stände am Dixie-Fest bzw. am Tag der Wirtschaft. Herr Schalski erklärt, die Fahrzeiten sollten auf die Uhrzeiten von 09:00 bis 17:00 Uhr in der Zeit von Montag bis Freitag eingerichtet werden, so wurde es von den befragten Bürgern gewünscht. Da der Bürgerbus Bestandteil der Gesamtversorgung mit den vorhandenen Buslinien im Bodenseekreis werden solle, müssten die Fahrzeiten mit den bestehenden Anschlüssen angeglichen werden. Der Bürgerbus könne unter Umständen auch am Wochenende fahren, dies hänge auf jeden Fall von der Anzahl der freiwilligen Fahrer ab. Es solle auch möglich gemacht werden, den Bus am Wochenende für Vereine nutzbar zu machen. Dies könnte jedoch zu Problemen führen, wenn es am Wochenende zum Beispiel zu einem Defekt des Busses kommen würde und er dann für den Linienverkehr am Montag nicht mehr zur Verfügung stünde. Bei der Preisgestaltung könne man sich einen Preis von ca. 1,00 € bis 1,50 € pro Fahrt vorstellen, Kinder und Jugendliche würden kostenlos befördert. Als Fahrziele nennt Herr Schalski die verschiedenen Teilorte, die Stadtmitte mit Bahnhof und die Kernstadt. Er zeigt einen vorläufigen fiktiven Fahrplan, der natürlich entsprechend angepasst werden müsste. In ca. 1 Stunde solle der Bus einmal das gesamte Gebiet abdecken und alle Haltestellen, die von den Bürgern gewünscht wurden, angefahren haben. Herr Schalski betont nochmals, entscheidend für das Konzept Bürgerbus sei es, genügend freiwillige Fahrer zu finden, beim momentan geplanten Fahrplan würde ein Fahrer zwei halbe Tage im Monat den Bus fahren, damit käme man auf mindestens 25 Fahrer. Er erklärt, mit ca. 30 ehrenamtlichen Fahrern würde das Konzept funktionieren. Die Organisation des Bürgerbusses würde durch die Gemeinde, den Bürgerbus Verein und den Verkehrsbetrieb erfolgen, siehe Vorlage. Die Gemeinde wäre als Betreiber für die Finanzen, sowie für die Beschaffung und den Unterhalt des Fahrzeugs zuständig, der Bürgerbus Verein für die Betriebssteuerung, Wartungs- sowie Reinigungsarbeiten und die Fahrer, der Verkehrsbetrieb als Konzessi-

onsgeber und gegebenenfalls als Betriebsleiter. Herr Schalksi geht nun noch auf den Bus als solches ein, dies könnte ein 8 Sitzer sein damit er mit dem Personenbeförderungsschein gefahren werden könnte, schön wäre natürlich auch ein Elektrobus, der jedoch zwischen 50.000 -100.000 € kosten würde. Das Fahrzeug müsste noch für einen barrierefreien Zugang umgebaut werden, er hoffe hier auf Sponsoren. Den Rest müsste die Stadt tragen. Personalkosten fallen nicht an. Bei der Rentabilität geht er in den ersten drei Jahren von ca. 10.000 - 15.000 € Zuschuss durch die Stadt aus, später könnte der Bus wie in anderen Städten auch, sogar fast Zuschuss frei fahren. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich bei Herrn Schalski für die Ausführungen und gibt an Frau Stadträtin Sträßle weiter. Sie bedankt sich bei Herrn Schalski sowie Herrn Sieger für die Präsentation. Sie stellt den zwei Herren kurz die Stadträte vor. Sie erklärt, sie sehe hier durchaus positive Aspekte, habe jedoch massive Bedenken bei der Rekrutierung der Fahrer, diese hätten auch eine große Verantwortung sowohl beim Fahren, als auch bei der Wartung der Fahrzeuge. Sie sehe hier auch große Verantwortung in Bezug auf die sozialen Aspekte. Sie sei der Ansicht, den Bus nicht als Party Bus zu verwenden und möchte wissen, wieviel Fahrer denn bereits zur Verfügung stünden und wie hier die Anwerbung erfolgen solle. Das Ganze sei ehrenamtlich eine sehr große Aufgabe. Herr Stadtrat Neumann bedankt sich ebenfalls bei den Herren Schalski und Sieger und möchte wissen, ob andere Städte auch zum Beispiel ein AST haben und warum dieses dort nicht angenommen werde. Herr Stadtrat Bitzenhofer meldet sich zu Wort und fragt nach, ob dieses Konzept von Bürgern für Bürger erstellt wurde. Er möchte wissen ob ein Bürgerbus Verein überhaupt gegründet werden müsse und wie viele Mitglieder der Verein denn habe und ob ein reibungsloser Betrieb überhaupt gewährleistet sei. Herr Stadtrat Sandkühler wendet ein, er halte das AST für ein sehr gutes Konzept für die Senioren, da es hier einen direkten Kurs vom Abholpunkt zum Zielpunkt gebe. Er fragt an, ob andere Städte ein AST haben und wendet noch ein, dass in Markdorf bereits andere Vereine ein sehr großes Problem damit hätten, Fahrer für regelmäßige Fahrten zu organisieren. Herr Stadtrat Achilles merkt an, viele hier im Raum seien ehrenamtlich tätig, d.h. man wisse, wie hoch der Aufwand bei ehrenamtlichen Tätigkeiten sei. Er hält das Bürgerbus Konzept, wenn es sich trägt und funktioniert, für sehr ambitioniert. Auch der Busfahrplan sei ein sehr ambitioniertes Projekt. Er erklärt, zuerst solle der Verein stehen, der das verlässlich umsetzen könne. Das AST habe eine hohe Flexibilität und Zuverlässigkeit, schon die Tafel habe Probleme, Fahrer für einen Tag in der Woche zu organisieren. Er möchte wissen, wie viele Fahrer bereits verfügbar wären und wann eine Gründung des Vereins geschehen könne. Er sieht die Frage, wer die Kosten trägt, erst als zweiten bzw. dritten Schritt, ein Bürgerbus könne seiner Meinung nach nur ergänzend tätig sein. Herr Sieger erklärt hierzu, es werde keine Vereinsgründung geben, bevor der Gemeinderat und die Stadt dies nicht befürworte. In einer Umfrage haben dem Verein Bürger für Bürger deutlich mehr Fahrer zugesagt als man brauche. Es sei natürlich jedoch fraglich ob schlussendlich auch alle mitmachen würden. Herr Schalski erklärt hierzu,

mit der Gründung eines Vereins und der Rekrutierung der Fahrer könne erst begonnen werden, wenn die Stadt ihr Einverständnis zu dem Konzept gebe und nicht umgekehrt. Es müsse auch die Bevölkerung dann entsprechend mitgenommen werden. Es gebe noch kein ausgefeiltes Konzept, man sei erst am Anfang und müsse die Bedürfnisse feststellen. Herr Sieger erklärt, das AST sei gut, aber die Leute wollen eine feste Regelmäßigkeit beim Busverkehr ohne vorherige Anrufe bei AST. Herr Schalski führt hierzu aus, es habe bei der Umfrage auch negative Meinungen zum AST gegeben, wie zum Beispiel es rieche in den Taxis nach Zigaretten und Bier, bzw. die Fahrer seien unfreundlich. Er betont aber das AST sei hier kein Thema und man möchte auch keine Konkurrenz dazu aufmachen. Herr Sieger bringt ein, die Ittendorfer Eltern würden ihre Kinder mit dem PKW von der Schule nach Hause fahren, dies könnte in Zukunft auch mit dem Bürgerbus erfolgen, es brauche kein Taxi Mama. Frau Stadträtin Osswald betont, in Markdorf gebe es das AST d.h. der Bürgerbus wurde eine Konkurrenz dafür werden. Man solle beim geplanten Verkehrskonzept im Allgemeinen darüber nachdenken. Sie stellt fest, ein Projekt Bürgerbus stehe und falle mit dem Engagement der Mitglieder des Vereins, Herr Schalski sowie Herr Sieger seien aber keine Bürger der Stadt Markdorf mehr. Herr Sieger erklärt hierzu, sie würden das ehrenamtliche Engagement auf jeden Fall weiterhin betreiben, jedoch nicht als künftige Vorstände des zu gründenden Vereins. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich bei den Herren, für ihre Ideen, die sie dem Gemeinderat vorgelegt haben. Er erklärt, man erarbeite im Moment gerade ein Mobilitätskonzept, hier auch in Zusammenarbeit mit dem Stadtwerk am See, so wie der Bodensee - Oberschwaben – Verkehrsgesellschaft. Dies werde im Frühjahr vorgestellt. Das AST werde nochmals auf Fehler und Verbesserungen hin geprüft, heute Morgen habe man bereits eine Besprechung mit der BODO gehabt. Wünschenswert wäre allgemein ein bruchloser Übergang der Verkehrsverbände. Man wolle sowohl das AST, als auch die Verbindungen durch das Stadtwerk am See optimieren.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 20 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und einer Enthaltung (Herr Stadtrat Braun): Es wird festgestellt, dass der Verein Bürger für Bürger die Idee für die Einführung eines Bürgerbussystems dem Gemeinderat zur weiteren Bearbeitung übergibt. Bevor diesbezügliche Überlegungen verfolgt werden, wird die Verwaltung beauftragt, im Frühjahr 2018 einen Bericht zu folgenden Punkten vorzulegen:

1. Optimierungsmöglichkeiten der Linien und Frequenzen im Stadtbusverkehr Friedrichshafen unter Einbezug zweier Verbindungen von und nach Oberteuringen.
2. Sachstandsbericht und Verbesserungsmöglichkeiten zum Anrufsammeltaxi.

99. Antrag der Stadtkapelle Markdorf auf Gewährung eines Zuschusses für die Beschaffung neuer Uniformen und für die Gestaltung des Jubiläumsprogrammes im Jahr 2018

- Beratung und Beschlussfassung

Herr Stadtrat Neumann rückt wegen Befangenheit vom Tisch ab.

Herr Bürgermeister Riedmann erklärt kurz die Zuschüsse, die die Stadtkapelle Markdorf anlässlich des 150-jährigen Gründungsjubiläums durch die Stadt bekommen soll. Der Verein möchte seine Musikerinnen und Musiker mit neuen Uniformen ausstatten, hier rechne man mit Anschaffungskosten von mehr als 35.000 €. Der Verein bitte hier um einen Zuschuss für die Uniformen in Höhe von 30.000 €, 10.000 € für die Förderung des musikalischen Kulturprogrammes sowie Unterstützungs-Leistungen bei der Jubiläumsveranstaltung durch die städtischen Regiebetriebe. Die Stadt schlage somit vor, einen Gesamtzuschuss von 40.000 € sowie Unterstützungsleistungen der Regiebetriebe zu gewähren. Frau Stadträtin Sträble meldet sich für die CDU-Fraktion hier zu Wort und geht auf die drei Punkte ein. Für sie seien 10.000 € zur Förderung des Kulturprogramms als auch die kostenlose Erbringung von Unterstützungsleistungen durch die Regiebetriebe völlig in Ordnung. Bei der Bezuschussung der Uniformen sollte man jedoch auch auf die Musikkapellen Ittendorf und Riedheim achten, die sicherlich auch bald Zuschüsse für Uniformen bräuchten. Sie befürworte einen Zuschuss von 50% der Kosten für die Uniformen, 18.000 € bzw. maximal 20.000 €, sowie die 10.000 € für das Jubiläum. Herr Stadtrat Holstein erklärt für die Fraktion der Freien Wähler, sie befürworten den Zuschuss vollständig, da der letzte Zuschuss für den Verein in dieser Richtung bereits 25 Jahre zurück liege. Es sei schließlich ein stolzes Alter des Vereines und man wolle 40.000 € als vollen Zuschuss geben. Frau Stadträtin Osswald schließt sich für die Umweltgruppe der Meinung von Frau Sträble an, da sicherlich auch noch andere Vereine kommen werden. Auch Herr Stadtrat Achilles erklärt für die SPD-Fraktion, sich Frau Stadträtin Sträble anzuschließen und befürwortet die Zuschüsse in Gesamthöhe von 30.000 €. Somit könnten sich auch andere Kapellen auf entsprechende Zuschussleistungen einstellen. Die Vereine sollen auf jeden Fall unterstützt werden. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt nochmals, dass die Leistungen der städtischen Regiebetriebe nicht verrechnet werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt mit 7 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen, (Herr Stadtrat Neumann befangen), den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der Stadtkapelle Markdorf e.V. für die Beschaffung neuer Uniformen einen Zuschuss von 30.000,00

Euro und zur Förderung des Jubiläumsprogrammes einen Zuschuss von 10.000,00 Euro zu gewähren, abzulehnen.

- b) Der Gemeinderat beschließt auf Antrag der CDU Fraktion mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen, der Stadtkapelle Markdorf e.V. für die Beschaffung neuer Uniformen einen Zuschuss von 50% der Kosten für Uniformen bis max. 20.000,00 Euro und zur Förderung des Jubiläumsprogrammes einen Zuschuss von 10.000,00 Euro sowie Leistungen des Bauhofes und der Stadtgärtnerei zu gewähren.

100. Rathaus im Bischofsschloss

- a) Vorstellung des überarbeiteten Vorentwurfs
b) Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe der Planungsleistungen für Fachingenieure

Herr Bürgermeister Riedmann begrüßt die Herren Wörtz und Riether vom Architekturbüro Braunger und Wörtz. Es solle heute der aktuelle Planungsstand vorgestellt werden und eine Beschlussfassung für die Vergabe der Planungsleistungen geben. Er übergibt an Herrn Wörtz. Dieser geht in seiner Einleitung auf den Weg des Wettbewerbsentwurfs ein und erläutert den sorgsam und vorsichtigen Umbau des Schlosses. Die Schloss-Scheuer sei aus den siebziger Jahren und könne somit relativ vollständig neu aufgebaut werden. Er erklärt die Optimierung der Gebäude und zeigt Pläne, auf denen ersichtlich ist, wo die einzelnen Ämter untergebracht sind. Anhand von Folien werden die einzelnen Räumlichkeiten für die Ämter und Mitarbeiter gezeigt. Er erläutert die nächste Planungsphase und geht auf die baugeschichtliche Planung ein, auch gebe es bereits Gespräche mit dem Denkmalamt. Herr Wörtz erklärt anhand der Baupläne die Nutzung der einzelnen Ebenen vom Keller bis zur sechsten Ebene in den jeweiligen Gebäudeteilen. Er geht hier auch auf vorhandene Probleme und Fragestellungen ein, wie zum Beispiel die Verbindungen zum Wohnturm, eine eventuelle gastronomische Nutzung im Wohnturm, verschiedene Aufzüge, die für barrierefreie Zugänge der einzelnen Ebenen geplant und eingebaut werden müssen. Es wird z.B. die Nutzung der ersten Ebene im neuen Schloss durch die Kämmererei, der nach oben offene und luftige Ratssaal als auch der Übergang vom Wohnturm in das neue Schloss mit Hauptamt, Bürgermeister und kleinem Saal erklärt. Er spricht auch verschiedene Fragen zu Brandschutz sowie Fluchtwege an, die von Fachplanern bearbeitet werden müssten. Er zeigt noch mal einen Querschnitt der Grundrisse und bestätigt, die Entwürfe haben nach wie vor Gültigkeit. Herr Wörtz geht auf die zu erstellende Baustellenzufahrt auf der Südseite des Gebäudes ein und erläutert die Erschließung des Ganzen. Dies sei der momentane Stand. Herr Wörtz zeigt nun noch Fotos vom

Team des Architekturbüros Braunger und Wörtz und stellt Fachplaner, das Projektteam und die Leiter aus seinem Team vor. Er erklärt den Ablauf der einzelnen Bauphasen. Er erläutert den Terminplan mit entsprechender Kostenberechnung, die Entwurfsplanung ebenfalls mit Kostenberechnungen, die komplett vom Architekturbüro erledigt werden. Eine Kostenverfolgung mit entsprechenden Prognosen werde ständig erfolgen, um entsprechend nachbessern zu können. Herr Wörtz zeigt nun noch einzelne Projekte, die sein Büro in den letzten Jahren umgesetzt hat. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich bei Herrn Wörtz für seine Präsentation. Frau Stadträtin Osswald meldet sich zu Wort und bemerkt, sie fände es mittlerweile peinlich, das sich Herr Bürgermeister Riedmann für die Schaffung eines neuen Rathauses ständig entschuldigen müsse. Man habe sich schon vorher für ein neues Rathaus, und hier dann eben für das Bischofsschloss entschieden. Hier können alle Ämter untergebracht werden, ein Restaurantbetrieb wäre ebenfalls möglich und der Rittersaal bliebe erhalten. Sie gebe für die Fraktion der Umweltgruppe ihre Zustimmung. Herr Stadtrat Holstein merkt an, die Planungsanpassungen des Gebäudes für die einzelnen Ämter und Mitarbeiter wurde somit gemacht, der nächste Schritt sei auf jeden Fall eine Kostenermittlung bei genauer Untersuchung des Gebäudes. Er geht den Entschluss auf jeden Fall nicht mit, da er die Sinnhaftigkeit in Frage stelle. Deshalb werde Herr Stadtrat Neumann für die Fraktion sprechen. Er möchte noch gerne wissen ob das Restaurant im ehemaligen Weinkeller noch vorhanden sei und man hier eventuell eine Übernahme des Inventars, zum Beispiel der Küche geplant habe. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, die Küche gehöre dem Pächter, d.h. dieser werde auch alles mitnehmen bzw. veräußern. Frau Stadträtin Sträßle schließt sich für die CDU Fraktion Frau Stadträtin Osswald an, auch was zum Beispiel das Restaurant betrifft. Sie merkt an, sie wünsche sich mehr Licht in die Schloss Scheuer, hier müsse mit dem Denkmalamt entsprechend verhandelt werden. Sie fragt nach Vorratsräumen für die Küche und entsprechenden Kapazitäten, als auch nach dem Durchgang vom neuen Schloss zum Untertorturm. Herr Bürgermeister Rebmann erläutert hierzu, ein Durchgang sei angedacht, da er historisch auch dort war, dies sei jedoch abhängig von den entsprechenden Untersuchungen. Frau Stadträtin Sträßle bedankt sich bei Herrn Wörtz, sie merkt an, sie fühle sich hier gut aufgehoben, dies sei ein positives Zeichen. Herr Stadtrat Achilles meldet sich zu Wort und erklärt, er sei hier einer anderen Auffassung, auch was zum Beispiel den sogenannten Atmungsfaktor angehe. Man solle hier mit den Begrifflichkeiten, zum Beispiel Großraumbüro etwas vorsichtig umgehen. Dies beginne zum Beispiel erst ab 400 m². Büros mit einer Größe von 34 m² bis 42 m² seien für ihn jedoch in Ordnung. Man müsse immer die entsprechende Wirtschaftlichkeit belegen und im Auge behalten, erklärt aber, auch er sei dafür, Mitarbeiter der Verwaltung auf jeden Fall ordentlich unter zu bringen. Er stehe der Sache jedoch sehr kritisch gegenüber. Im Rathaus seien momentan 60-70 Personen untergebracht, das heißt, man habe beim Projekt Bischofsschloss beim Platzbedarf noch genügend Luft. Man müsse die Rechtfertigungsgründe und die Kosten in Phase drei im Sommer 2018

und hier die veranschlagten 12,8 Millionen € auf jeden Fall noch mal deutlich prüfen, insbesondere, wenn die Kosten in eine Dimension von 18 – 20 Millionen € stiegen. Man solle auf jeden Fall Fachkollegen hinzuziehen. Es sei ein sehr großes Projekt für die vorhandenen Mitarbeiter der Verwaltung und der Gemeinderat werde hier sicherlich noch mehrfach Entscheidungen treffen. Die SPD-Fraktion gehe heute diese Entscheidung mit. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich bei Herrn Stadtrat Achilles und erklärt, man wolle hier für die entsprechenden Kosten eine vernünftige Lösung darstellen, seiner Ansicht nach seien es vernünftige Konditionen zur Rathausnutzung. Andere Nutzungsvarianten würden ebenfalls hohe Investitionen nach sich ziehen. Herr Stadtrat Neumann meldet sich zu Wort und merkt an, er gehe für die Fraktion der Freien Wähler den Vorschlag der Planung mit, auch bei der Beauftragung der Fachbüros. Frau Stadträtin Mock erklärt, sie sei froh, wenn noch freie Flächen zu Verfügung stünden und man durchaus etwas großzügiger planen könne. Sie geht auf die Erschließung der Baustelle ein, man solle eine gute Lösung für die Rohbauphase erstellen. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, durch den VHS Umzug werde die besprochene Baustraße südlich am Hexenturm die Lösung sein. Herr Stadtrat Viellieber äußert sich und erklärt, es gebe einen ganz klaren Mehrheitsbeschluss für den Umzug des Rathauses in das Bischofsschloss. Bisher sei auch noch keine entsprechende Alternative vorgestellt worden. Heute gehe es um die Kostenermittlung, er betont, auch ein Gemeinderat sei an die Beschlüsse gebunden. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich und erklärt, er sehe hier eine sehr konstruktive Arbeit von allen Seiten. Er bedankt sich ausdrücklich beim Baubüro Braunger und Wörtz.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat nimmt die überarbeitete Grundrissplanung zustimmend zur Kenntnis.
- b) Der Gemeinderat stimmt mit 19 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen (Stadtrat Holstein und Stadtrat Heilmaier) und 0 Enthaltungen dem Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung zu. Die zuvor aufgeführten Fachplanungsbüros sollen mit den Leistungsphasen 1 bis 3 (Entwurfplanung, Kostenberechnung, etc.) beauftragt werden.

101. Entwicklung der Belegungszahlen in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in Markdorf

- Bericht

Die Mitglieder des Gemeinderates haben zur Entwicklung der Belegungszahlen in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in Markdorf mit der Einladung zur Sitzung eine Beratungsunterlage erhalten. Der Vorsitzende bittet Herrn Schiele den Bericht vorzustellen. Herr Schiele führt aus, das vergangene Kindergartenjahr 2016/17 sei weitestgehend im Rahmen der Erwartungen verlaufen. Das neue Kindergartenjahr mit der Aufnahme der Kinder habe Ende August begonnen. Ab 01. Oktober 2017 erfolgt die schrittweise Aufnahme des Geburtsjahrganges 2015. Mit Beginn des neuen Kindergartenjahres sei es möglich gewesen, jedem Kind mit Migrationshintergrund einen Betreuungsplatz in einer Einrichtung in Markdorf anzubieten. Damit sollte der Aufnahmepressure von Kindern mit Migrationshintergrund bewältigt sein. In einzelnen Fällen mussten die Eltern um eine Wartezeit gebeten werden. Herr Schiele zeigt nunmehr anhand der aktuellen Zahlen die Entwicklung der Geburtsjahrgänge bis einschließlich 2017. Der Geburtsjahrgang 2017 umfasst alle Kinder die zwischen dem 01. Oktober 2016 und 30. September 2017 geboren sind. Nach den starken Jahrgängen 2015 und 2016 liegt der Wert bei 137 Kindern und wirkt sich somit insgesamt etwas dämpfend aus. Dieser Wert wird sich selbstverständlich mit der Zeit verändern. Welche Dynamik in den Zahlen zum Ausdruck gelangt, wird durch eine Gegenüberstellung der Veränderungen zwischen Mai 2017 und Oktober 2017 gezeigt. In diesem kurzen Abstand von 4,5 Monaten sind nur wenige Werte stabil geblieben. Alle anderen Werte waren entweder einer Abnahme oder Zunahme unterworfen. Aufgezeigt wird diese stetige Veränderung der Werte an einem Zeitreihenvergleich zwischen den Jahren 2015 und 2017. In diesen Jahren ist generell ein Anstieg der Jahrgangsstärken zu verzeichnen. Auffallend ist der Geburtsjahrgang 2015. Von der ersten Erhebung im Oktober 2015 bis zur letzten Erhebung im Oktober 2017 ist eine Zunahme des Wertes um 15 Kinder erfolgt. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass auch der gegenwärtige Wert von 137 Kindern des Geburtsjahrganges 2017 weiter anwachsen dürfte. Nach den der Statistik zugrunde liegenden Voranmeldungen erwarten wir eine Belegung der Einrichtungen im Dezember mit 463 Kindern. Damit bestehen noch Belegungsreserven im Umfang von knapp 2 Regelgruppen. Die Belegungsgrenze dürfte im März/April 2018 in den Einrichtungen erreicht werden. Im U3-Bereich erwarten wir bis Jahresende eine Belegung mit rund 78 Kindern. Herr Schiele fährt fort mit der Erläuterung der Grundschülerzahlen in den Schulbezirken Markdorf und Riedheim. Zum neuen Schuljahr 2017/18 wurden an der Grundschule Markdorf 4 Eingangsklassen und an der Grundschule Leimbach 2 Eingangsklassen gebildet. Zu achten gilt es in naher Zukunft auf die Geburtsjahrgänge 2013 und 2016. Im Schulbezirk Markdorf wird nach heutigen Zahlen der Klassenteiler je zur 5-Zügigkeit überschritten. Die weitere Entwicklung ist zu beobachten, um rechtzeitig entsprechende Lenkungsmaßnahmen einzuleiten. Hierbei ist es vorgesehen, nach Möglichkeit die Schulbezirksgrenzen unangetastet zu lassen. Zur Sicherstellung der Zweizügigkeit an der Grundschule Leimbach wäre es bei beiden Geburtsjahrgängen möglich, Kinder aus dem Grund-

schulbezirk Markdorf in Leimbach einzuschulen. Damit schließt Herr Schiele den Bericht zur Entwicklung der Belegungszahlen ab. Herr Bürgermeister Riedmann bittet um Beratung.

Frau Stadträtin Oßwald bemängelt, dass der Gemeinderat in Ergänzung der Beratungsunterlage nicht die aktuellen Erhebungszahlen erhalten habe. Dennoch würden nach ihrer Einschätzung gerade die Tabellen zur Entwicklung der Grundschülerzahlen belegen, dass eine Planungsgrundlage mit insgesamt 6 Grundschulzügen zu knapp bemessen sei. Im weiteren Planungsprozess sollten 7 Grundschulzüge zugrunde gelegt werden. Mit Blick auf die Geburtsjahrgänge 2013 und 2016 entgegnet Herr Schiele, dass sich genau diese Folgerung aus den Zahlen noch nicht herleiten lasse. Durch entsprechende Schülerlenkungsmaßnahmen bleibe Markdorf 4-zügig und würde die Grundschule Leimbach schwach 2-zügig bezogen auf die genannten beiden Jahrgänge bleiben. Weitere Nachfragen erfolgen nicht.

Die Mitglieder des Gemeinderates nehmen vom Bericht über die Entwicklung der Belegungszahlen in den Kindertageseinrichtungen und an den Grundschulen in Markdorf Kenntnis.

102. Kindergartenbedarfsplanung 2017 der Stadt Markdorf

Beratung und Beschlussfassung

Die Mitglieder des Gemeinderates haben den Kindergartenbedarfsplan 2017 mit der Einladung zur Sitzung als Beratungsunterlage erhalten. Der Vorsitzende bittet Herrn Schiele die lokale Kindergartenbedarfsplanung vorzustellen. Durch die Bereitstellung von modularen Raumeinheiten an der Mehrzweckhalle in Leimbach können die Betreuungskapazitäten im U3-Bereich auf 92 Plätze erweitert werden. Im Ü3-Bereich bleibt das Betreuungsangebot mit insgesamt 511 Plätzen konstant. Im Ausblick auf die erwartete weitere Entwicklung wird kurzfristig ein weiterer Bedarf an Betreuungsplätzen erwartet. Das Statistische Landesamt hat zur Prognose der Einwohnerentwicklung einen Entwicklungskorridor für Markdorf aufgespannt. Bis 2035 wird im unteren Rand eine Einwohnerzahl von 13.584 und im oberen Rand von 19.683 Personen prognostiziert. In der Differenz zwischen dem oberen und dem unteren Rand liegen etwas mehr als 6.000 Personen. Es erfolgt deswegen bis auf weiteres grundsätzlich eine Orientierung an der ermittelten Hauptvariante. Das Statistische Landesamt geht nach dieser Variante von einem Anstieg der Einwohnerzahl bis 15.140 im Jahr 2032 aus. Die Entwicklung der Einwohnerzahl dürfte ganz maßgeblich durch die Bereitstellung von Wohnbaumöglichkeiten beeinflusst werden. Es wird somit eine mögliche Entwicklung der Einwohnerzahl auf 15.500 bzw. auf 16.000 Einwohner aus heutiger Warte nicht ausgeschlossen. Im laufenden Kindergartenjahr und im folgenden Kindergartenjahr 2018/19 sollten die verfügbaren Betreuungskapazitäten ausreichend sein. Diese Einschätzung wird unterstützt

durch die dämpfende Wirkung des 137 starken Kinderjahrganges 2017. Dennoch werden wir aus heutiger Sicht auf Grund des starken Geburtsjahrganges 2016 in 2019 die Belegungsgrenze möglicherweise im Februar erreichen. Der Druck sollte sich dann aber im Jahr 2020 nicht fortsetzen. Bei einem Vergleich der Aufnahmesituation zum Oktober eines Jahres sollten wir im Jahr 2020 in etwa das Aufnahmeniveau des Jahres 2018 sehen. Der erste Wert für den Geburtsjahrgang 2017 ermutigt uns bis auf weiteres mit Jahrgangsstärken zwischen 145 und 150 Kinder zu kalkulieren. Zur Stabilisierung bzw. zum Ausbau der Betreuungskapazitäten sollen sehr zeitnah an der Einrichtung St. Elisabeth 2 Krippengruppen eingebaut werden. Damit wäre im U3-Bereich ein Ausbaustand von 112 Krippenplätzen erreicht. Als weitere Maßnahme sollte der Neubau einer größeren Betreuungseinrichtung in Markdorf-Süd geplant werden. Dieser Ausbau kann in Orientierung an die tatsächliche Entwicklung der Kinderzahlen möglicherweise schrittweise erfolgen. Ein Planungshorizont von 6 Gruppen sollte hierbei zunächst leitend sein. In einer ersten Teilumsetzung ab 2020 sollten 2 weitere U3- und ein Ü3-Gruppe bereitgestellt werden. Dieser Entwicklungsschritt würde es ermöglichen, die modularen Krippenplätze in Leimbach aufzugeben. Die Anzahl der Krippenplätze in den Einrichtungen würde somit bei 112 Plätzen stabil bleiben. Im Ü3-Bereich könnten nach Abschluss dieser Maßnahme in Markdorf-Süd die Betreuungskapazitäten von 511 auf 536 Plätze gesteigert werden. In den Berichten der Jahre 2018 und 2019 wird diese Bedarfsannahme auf der Grundlage der bis dahin eingetretenen tatsächlichen Entwicklung einer Revision unterzogen. Wenn sich in den Zahlen eine weitere Erhöhung der Jahrgangsstärken zeigen sollte, würden wir in einem zweiten Ausbauschnitt die Bereitstellung von 2 weiteren Ü3 und einer U3-Gruppe auf den Weg bringen. Planerisch bestehen somit Potentiale für eine Gesamtkapazitätsentwicklung auf 122 Krippenplätze und bis zu 30 U3-Betreuungsplätzen in altersgemischten Gruppen in den Einrichtungen St. Josef, St. Martin und neu in Markdorf-Süd. Im Ü3-Bereich wäre es möglich, die Betreuungskapazitäten nach Vollzug der zweiten Ausbaustufe auf bis zu max. 586 Plätze zu steigern. Damit schließt Herr Schiele die Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung 2017 ab. Herr Bürgermeister Riedmann bittet um Beratung. Herr Stadtrat Holstein dankt für die Ausarbeitung der Planung und für die Vorstellung der Zahlen. Die vorgetragenen Maßnahmenüberlegungen sollten in Angriff genommen werden. Frau Stadträtin Koners-Kannegießer zeigt sich überrascht, dass nach den vielen Jahren des Ausbaus und der Ergänzung der Betreuungseinrichtungen ein Abschluss der Maßnahmen noch nicht in Sicht sei. Sie erkundigt sich nach der Entwicklung des Betreuungsbedarfes im U3-Bereich. Aktuell kann die Stadt dem wahrnehmbaren Bedarf gerecht werden. Eine Ganztagesbetreuungsgruppe für U3-Kinder mit einem täglichen Betreuungskorridor von 9 Stunden ist im Kindergarten St. Josef eingerichtet. Gegenwärtig wird im U3-Bereich eine Ganztagesbetreuung noch sehr verhalten nachgefragt. Insgesamt wird im U3-Bereich in den nächsten Jahren eine verstärkte Betreuungsnachfrage erwartet. Die steigende Nachfrage nach Betreuungsplätzen im U3-Bereich wird auch als Folge der allgemeinen gesellschaftlichen Moderni-

sierung gesehen. Was im U3-Bereich als eine Art allgemeines Grundrauschen wahrgenommen wird, ist die vereinzelte Nachfrage nach einer Ferienbetreuung. Gemeinsam mit den Einrichtungen wird darauf zu achten sein, ob es bei vereinzelt Nachfragen verbleibt oder ob zu gegebener Zeit durch die Bereitstellung entsprechender städtischer Angebote reagiert werden muss. Herr Stadtrat Sandkühler sieht die Leistungsbilanz eher etwas kritisch. Die Verwaltung habe in den letzten Jahren dem Bedarf an Betreuungsplätzen nur bedingt gerecht werden können. Angesichts der steigenden Kinderzahlen und der gegebenen Betreuungskapazitäten bestünden keine Platzreserven. Für die Verwaltung ist die Entwicklung der Kinderzahlen positiv gewendet, der Ausdruck einer frischen, familienfreundlichen und vitalen Stadt. Weiterer Aussprachbedarf besteht nicht. Damit fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Bericht zustimmend Kenntnis und beschließt einstimmig die Kindergartenbedarfsplanung 2017 der Stadt Markdorf.

Pause 20:18 – 20:30 Uhr

103. Erweiterung Kindergarten St. Elisabeth

- a) Vorstellung des Vorentwurfs und der Kostenberechnung
- b) Beratung

Herr Bürgermeister Riedmann begrüßt Frau Schneider vom Bauamt, diese stellt nun den Vorentwurf für die Erweiterung des Kindergartens St. Elisabeth vor. Das ganze geschehe in Abstimmung mit dem Architekturbüro Wamsler, dem Kindergarten St. Elisabeth als auch mit Kindergartenfachberatern. Frau Schneider stellt den Erweiterungsanbau des Kindergartens vor, an dem sie die letzten Monate gearbeitet habe. Sie zeigt den Lageplan des Kindergartens und des Freibereichs, die Erweiterungen des jetzigen Parkplatzes, als auch Grundrisse mit Eingang bzw. barrierefreier Erschließung, auch der U3 Gruppen. Sie erläutert Details, wie den Wegfall einer Überdachung, Stellplätze für Kinderwagen usw.. Es gebe nicht nur zwei zusätzliche Gruppenräume, man müsse auch Besprechungsräume zurück und umbauen, dies teilweise auch im Bestand. Sie erklärt die Erschließung des Neubaus an den bestehenden Bau, Bewegungsräume, Aufzüge für „Kinderbusse“ die Erschließung des Essbereichs für die U3 Kinder, den Werkraum für die U3 und Ü3 Kinder als auch die Sanitärbereiche für das Personal und den neuen Technikraum. Frau Schneider geht auch auf einen Außenspielgeräte Raum, für zum Beispiel Bobby Cars ein. Auf der Ebene Eins sei das ganze Foyer beispielbar, hier gebe es auch eine Ess- und Frühstückszone mit Küchenzeile. Hier

werde es einen Pergola-Bereich zum Hinausgehen geben, ebenso müssen Schrankstellflächen für Akten als auch ein Schlafbereich für die Gruppen, sowie Sanitärbereiche zum Wickeln geschaffen werden. Auf dieser Ebene sieht die Planung auch eine eventuelle Erweiterung um ein zusätzliches Geschoss vor. Frau Schneider geht nun auf die Ebene Eins ein, hier auf den Außenspielbereich mit Sandplatz und Sitzecken. Hier könne die ganze Böschung bis auf Ebene Null hinunter „bespielbar“ gemacht werden. Sie präsentiert einen Querschnitt der Spitalstraße 1 mit Waldseeer Hof und erläutert eine eventuelle Erhöhung um ein weiteres Stockwerk. Sie zeigt eine 3D Planung für eine bespielbare Böschung. In der Kostenberechnung liege das Ganze komplett bei 2,46 Millionen €. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich bei Frau Schneider für die sehr gute Präsentation und erklärt, die Presse bekomme diese Präsentation noch. Er erläutert, es handle sich hier um eine Erweiterung um zwei U3 Gruppen, plus die Ermöglichung von Ü3-VÖ-Gruppen. Die Kosten seien für ihn einigermaßen gut vertretbar. Er sei sich bewusst, dass es sich um viel Geld handle, aber dafür bekomme man auch eine sehr gute Qualität. Der Kindergarten Ittendorf habe neu 2,1 Millionen € gekostet. Herr Stadtrat Holstein meldet sich zu Wort und erklärt er sehe in der Planung des Kindergartens eine hohe Qualität, er bemängelte aber die Höhe von 2,5 Millionen € für Anbau und Umbau. Er moniert, dass die Unterlagen erst am 16. Oktober an die Gemeinderatsmitglieder verteilt wurden. Er möchte wissen, ob durch den Umbau des Kindergartens eine Erweiterung des Altersheims in Zukunft noch möglich sei. Ebenfalls fragt er nach, ob ein Kindergarten in Markdorf Süd in modularer Bauform nicht sinnvoller wäre, damit wäre die jetzige Freifläche noch für eine Spitalerweiterung frei. Die Verkehrssituation in der Spitalstraße könnte man somit besser in den Griff bekommen, da man ja wisse, dass jede Mutter immer mit dem eigenen Auto komme. Man müsse hier das „wo“ und „wie“ nochmals besprechen, eventuell sollte man ganz andere Überlegungen anstellen. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, die jetzige Vorführung sei lediglich eine Information und Vorstellung aber noch kein Beschluss. Zwei zusätzliche U3 Gruppen brauche man in St. Elisabeth auf jeden Fall. In Markdorf Süd seien nach der jetzigen Planung 6 Gruppen notwendig. Herr Stadtrat Pfluger bedankt sich für den mitreißenden Vortrag von Frau Schneider, hier auch für die sogenannte Schneckentour, bei der man das Gebäude besichtigt habe. Er empfinde den Vorschlag als gelungen, es sei auch unstrittig, das U3 Gruppen gebraucht werden. Jedoch empfinde er die Kosten als sehr heftig. Auch er sehe bei der Erweiterung des Kindergartens zusätzliche Probleme bei der Anfahrt in der Spitalstraße. Frau Stadträtin Mock stellt die Frage der Zukunftsfähigkeit des St. Elisabeth Kindergartens, hier müssen auf jeden Fall U3 Gruppen eingeführt werden, auch müsse es neue Betreuungszeiten geben. Sie moniert, dass der bisherige Parkplatz nun wieder überbaut werden solle und fragt bei der Verwaltung nach, was es für Möglichkeiten für neue Parkplätze geben könne. Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, dass das Haus Spitalstraße 1 bald wegkomme, so das hier neue provisorische Stellplätze errichtet werden könnten, bis es dann zu einer neuen Bebauung komme. Herr Stadtbauamtsleiter Schlegel erklärt

hierzu, es können fünf Längsparkplätze ergänzend zu den bisherigen erstellt werden. Herr Stadtrat Achilles erklärt hierzu, eine Einigung über die neuen Gruppenplätze müsse auf jeden Fall gegeben sein, grundsätzlich halte er die Planung für einen guten Lösungsansatz. Die vorhandenen Parkplatzprobleme gebe es an allen Kindergartenstandorten, beim Pestalozzi Kindergarten gäbe es noch die Konkurrenz mit der Schule. Die Kosten würden auch ihn erschrecken, er empfinde es jedoch als den richtigen Ansatz und der finde den Vorschlag gut. Frau Stadträtin Osswald erklärt hierzu, auch sie sehe hier einen guten Vorschlag, bemängele aber, dass die Parkplätze schon wieder wegfallen. Sie habe kein Problem mit den Kosten und sehe auch, dass ein Kindergarten in Markdorf Süd die 2 U3 Gruppen nicht ersetzen können, von ihrer Seite stimme sie zu. Bürgermeister Riedmann erklärt noch kurz, dass die Statik für die Erweiterung im Voraus etwas teurer komme, dann wäre jedoch eine spätere Aufstockung auf jeden Fall möglich. Frau Schneider erläutert, die Gasheizung werde aus dem Kindergarten komplett entfernt, und dann an die 100 KW Leitung vom Waldseer Hof angeschlossen. Diese Energiesparmaßnahmen seien in den Kosten bereits drin. Herr Bürgermeister Riedmann führt noch aus, alle Kosten seien erklärbar und in Ordnung. Herr Stadtrat Neumann erläutert, der Platz für die zusätzlichen Gruppen werde auf jeden Fall gebraucht, und die Qualität sei sehr hoch. Aber auch er habe Probleme mit den Kosten, wenn man diese zum Beispiel mit Bauten in Markdorf vergleiche, die von Bauträgern erstellt werden. Diese seien im Vergleich deutlich billiger. Auch er erklärt, das Parken sei überall in der Stadt ein Problem, hier müsse man auf das entsprechende Gesamtkonzept warten. Herr Stadtrat Wild erklärt, ihm sei durchaus bewusst, dass die Technik heute deutlich weiter sei als im vorherigen Bestand, hier sei ein vorsichtiges Vorgehen beim Anbau an den bestehenden Bestand zu beachten. Frau Schneider führt zum Thema Technik aus, die Heizung verliere Wasser die Rohrleitungen müssen eventuell neu gelegt werden da sie undicht seien. Frau Stadträtin Sträble spricht auf die Kostenübersicht und hier die Kostengruppe 600 an und was dieses bedeute. Frau Schneider erklärt hierzu, dieser Posten „Ausstattung und Kunstwerke“ seien zum Beispiel Spielgeräte, besondere Stühle für Kleinkinder usw. Frau Stadträtin Osswald erklärt, es seien natürlich wieder mehr Millionen im Gespräch als man eigentlich gerechnet habe, der Einzelposten für den Kindergarten sei aber in Ordnung. Auch Herr Stadtrat Achilles ist hier mit Frau Stadträtin Osswald einer Meinung. Er möchte noch gerne wissen ob es Erfahrungen mit dem provisorischen Parkplatz gebe und ob diese auch außerhalb der Öffnungszeiten benutzt werden. Herr Bürgermeister Riedmann ergänzt hierzu, seines Wissens habe sich die Lage entspannt, es gebe jedoch auch tagsüber viele „Fremd Parker“.

Beschluss:

Herr Bürgermeister Riedmann erklärt, man nehme die Beratung zur Kenntnis und gebe sie zur Weiterbearbeitung an Herrn Stadtbauamtsleiter Schlegel und Frau Schneider zurück.

104. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Markdorf und dem Landkreis Bodenseekreis zur Regelung der Schulträgerschaft und Kostentragung für den Komplex Bildungszentrum Markdorf

- Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Riedmann erklärt an Hand der Vorlage einzelne Punkte der geplanten Partnerschaft zwischen der Stadt Markdorf und dem Landkreis Bodenseekreis. Er erläutert hierzu, es seien schon längere Gespräche zwischen der Verwaltung und den Fraktionssprechern beider Gremien im Kreis geführt worden, um eine Überarbeitung der Finanzaufteilung zwischen Stadt und Landkreis zu erreichen. Hauptgrund hierfür sei der Schulentwicklungsprozess, beginnend 2013, der zur Zusammenführung der Werkreal- und Realschule zu Schulverbund geführt habe. Das BZM an sich habe ursprünglich Modellcharakter gehabt. Die Stadt sei nun größer und von ihrer Leistungsfähigkeit deutlich besser aufgestellt und stünde in ihrer Position im Landesentwicklungsplan als Unterzentrum da. Grundsätzlich sei der Landkreis als Schulträger für das gesamte BZM verantwortlich, die Stadt sei jedoch bisher mit 22 % an der Werkrealschule beteiligt gewesen. Nun trage sie jedoch nach der Umstellung von der Dreigliedrigkeit auf die Zweigliedrigkeit die Verantwortung für die zweite Säule, den Schulverbund. Man habe lange Diskussionen über die notwendige Sanierung geführt und sei jetzt am Punkt des Vertragsabschlusses angekommen. Man sei übereingekommen alle Sanierungsmaßnahmen mit 22 % Beteiligung gegenüber der Stadt abzurechnen, das neue Schulkonzept jedoch mit 43 %. Hiervon seien auch die Betriebskosten betroffen, d.h. es werde eine Verdoppelung der Kosten geben. Künftig habe auch der Gemeinderat der Stadt Markdorf Mitwirkungsrechte zum Beispiel bei Personalentscheidungen, als auch bei Investitionen und Baumaßnahmen am BZM. Geplante Sanierungsmaßnahmen werden am 14.11.2017 vorgestellt. Beim Thema alte Sporthalle erklärt Herr Bürgermeister Riedmann, 2016 sei festgestellt worden dass diese Halle nie als Versammlungsstätte genehmigt worden sei. Weder in Friedrichshafen noch in Überlingen werden die kreiseigenen Sporthallen so genutzt. Um eine weitere Nutzung der alten Sporthalle für Sportveranstaltungen mit Zuschauern zu ermöglichen, müssten hier u. anderem zusätzliche bauliche Maßnahmen, wie z.B. sanitäre Anlagen, als auch Brandschutzmaßnahmen in Höhe von ca. 160.000 € erbracht werden. Es stelle sich die Frage, ob man diesen Schritt gehen wolle, ansonsten wäre in der Halle nur ein Training für die Vereine und Schulsport erlaubt. Die Sanierung der Sporthalle müsse die Stadt mit 23 % Anteil tragen. Frau Stadträtin Sträßle bestätigt, die Stimmung in den Gesprächen mit dem Landkreis sei gut gewesen, man sei auf dem Weg zu praktikablen Lösungen. Natürlich werde das ganze wieder deutlich mehr kosten, aber das sei bekannt gewesen. 22 % Anteil für Investitionskosten und 43 % Anteil für das neue pädagogische Konzept erhalte von ihrer Fraktion die Zustimmung, jedoch müsse die Kostenpla-

nung mit dem Kreis genau besprochen werden. Herr Bürgermeister Riedmann fügt hier hinzu, nach Abschluss der Sanierungsarbeiten am BZM bis Mitte 2020 habe man dann auch für die Zukunft ein top saniertes Schulgebäude. Frau Stadträtin Sträßle spricht die 44 % gewerbliche Nutzung auf die Turnhalle an. Herr Habnitt erklärt, hier könne man 44% Vorsteuer geltend machen, was auch regelmäßig vom Finanzamt überprüft werde. Durch eine entsprechende Nutzungsverteilung könne man somit entsprechend einsparen. Auch Herr Stadtrat Achilles erklärt, es seien gute und konstruktive Gespräche geführt und ein gutes Ergebnis erzielt worden. Die zweite Säule am Bildungszentrum Markdorf habe sich gut weiter entwickelt, dies sei auch sehr wichtig für die weitere Entwicklung der Stadt Markdorf. Es sei richtig, wenn das Gebäude beim Landkreis bleibe, die Stadt Markdorf nun aber auch bei wichtigen Entscheidungen mit involviert sei. Auch finde er es richtig, wenn nicht noch ein neues Gremium hierüber entscheiden müsse. Das Thema öffentliche Veranstaltung in der Turnhalle solle später entschieden werden, es wäre sicher teurer, aber es sei durchaus nachvollziehbar, wenn weiterhin öffentliche Veranstaltungen in der Turnhalle stattfinden. Herr Stadtrat Holstein führt aus, es sei klar gewesen dass hier neue Regelungen getroffen werden mussten. Das Bildungszentrum habe sich so weiter entwickelt. Er sehe aber, dass die Stadt als Träger der Werkrealschule mit bisher 22 % Anteil nun doppelt so viel bezahlen müsse. Er sei auf jeden Fall dafür, die Nutzungsmöglichkeiten des BZM für Markdorfer Vereine zu optimieren, bemängle jedoch die Beratungsunterlagen, zum Beispiel hier die Fassadenrenovierung. Langfristig sehe er sehr hohe Kosten beim Abschluss des Vertrages mit dem Landkreis auf die Stadt zukommen. Er habe die Aussage eines Kreistagsmitgliedes erhalten, die Stadt Markdorf habe ja genügend Geld. Herr Bürgermeister Riedmann führt hierzu aus, er wisse, diese Aussage stamme von einem Abgeordneten der Partei „Die Linke“. Man müsse auch wissen, dass in anderen Untertoren teilweise beide Säulen durch die Stadt finanziert werden müssten. Die Kosten für die Baumaßnahmen werden am 14. November vorgestellt. Herr Stadtrat Hepting erläutert hierzu die Berechnungsgrundlage. Es werde über einen Fünfjahreszeitraum die Schülerzahlen als Durchschnitt genommen um das Ganze zu vereinfachen. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt, die künftige Nutzung der Räumlichkeiten könne durch Markdorf Vereine nun auch verbessert werden, da man ja auch fast 50 % der entsprechenden Kosten trage. Neue Vereinbarungen für die Nutzung der Räume durch die Vereine werden außerhalb des entsprechenden Vertragswerks geregelt. Die Fassade des BZM werde wohl auch in Zukunft nicht wirtschaftlich saniert werden können, da dies viel zu hohe Kosten verursache. Es könne nur sein, dass der Gesetzgeber dies fordert, dann müsse das ganze neu besprochen werden. Herr Betting vom Landratsamt wird am 14.11.2017 auch noch den Investitionsstau in den Schulräumen, hier zum Beispiel die naturwissenschaftlichen Räume erklären. Die Klassenzimmer als solche seien im BZM fast alle bereits renoviert. Frau Stadträtin Osswald führt aus, dies wäre nun eine Wende am BZM, die Stadt zahle jetzt für alle Kinder. Deshalb sei es auch wichtig, bei Entscheidungen mehr Rechte zu erhalten.

Dies müsse entsprechend gut verhandelt werden. Herr Stadtrat Pfluger wirft hier ein, die Aussage, es sollte nun jahrzehntelang keine neuen Kosten mehr auf uns zukommen müsse man entsprechend vorsichtig behandeln. Allein durch das neue pädagogische Konzept werden sicher wieder Kosten entstehen. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt noch, dass auch der Brandschutz an der alten Turnhalle unbedingt umgesetzt werden müsse. Herr Stadtrat Sandkühler möchte gerne eine Zusammenstellung der Nutzungszeiten der Turnhalle. Herr Bürgermeister Riedmann sichert dies zu, er erklärt ebenfalls, dass sich die Betriebskosten im Moment jährlich auf ca. 500.000 - 550.000 € belaufen, dies werde sich auf ca. 1 Million € erhöhen. Herr Stadtrat Holstein wundert sich darüber, dass hier beim Bildungszentrum problemlos über solch große Summen gesprochen werde, man dann aber beim Zuschuss der Stadtkapelle zu sparen anfangen. Herr Bürgermeister Riedmann klärt ihn darüber auf, dass die Schule nun einmal zu den Pflichtaufgaben gehöre. Frau Stadträtin Koners-Kannegießer gibt die Historie des Bildungszentrums zu bedenken. In den siebziger Jahren sei man froh gewesen, dass das BZM in Markdorf gebaut wurde, heute ist die Stadt ein wirtschaftlich solider und toller Wohnort, zu dem das BZM sicherlich stark beigetragen habe. Auch Stadtrat Achilles erklärt, man müsse sich heute dieser Verantwortung stellen, sicherlich würden die Millionen schmerzen, aber man könne dies nicht aufrechnen. Der Landkreis müsse das BZM nicht etreiben. Herr Bürgermeister Riedmann merkt hierzu an, die Betriebskosten werden ab 1.1.2018 kommen und stellt in den Raum, die Stadt Überlingen müsse für ihre Schulen allein ca. 60 Millionen € aufbringen.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung für die Punkte 1 -3 zu zustimmen.

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf der Basis der in der Vorlage genannten Grundlagen mit dem Landkreis zu verhandeln. Vor Unterzeichnung der Vereinbarung wird diese dem Gemeinderat nochmals zur formellen Zustimmung vorgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat zeitnah die geplanten Sanierungsmaßnahmen vorzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Beschlussvorlage zu den städtischen Aufgaben bei der Turnhalle und zu den weiteren Umbaumaßnahmen (Mensa/Ganztagsbereich) vorzulegen.

105. Nachtragshaushaltsplan Stadt 2017

- Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeister Riedmann erläutert den Nachtragshaushalt. Insgesamt erhöhen sich durch Mehreinnahmen die Einnahmen um rund 5,06 Millionen €. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf ca. 48,5 Millionen € und liegt deshalb weit höher als geplant. Für dieses Jahr werden ca. 16 Millionen € Gewerbesteuer erwartet, geplant waren 11,5 Millionen €. Alles was über das Jahr 2020 hinaus geht, seien jedoch nur Schätzungen. Herr Habnitt erläutert hierzu, die Steigerung von 11,5 Millionen € auf 16 Millionen € bei der Gewerbesteuer sei zwar für 2017 sehr gut, man müsse jedoch beachten, dass damit auch deutlich höhere Umlagen bei der Kreisumlage einhergingen. Durch die Bereinigung der Haushaltsreste wegen der Umstellung auf das NKHR in der Planung für Möggenweiler fielen noch einmal 600.000 € weg. Insgesamt betrage die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt 5,5 Millionen €

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017:

§ 1

Der Haushaltsplan 2017 wird wie folgt geändert:

Es erhöhen sich

1. die Einnahmen und Ausgaben

des Verwaltungshaushalts je um + 5.111.992,00 € auf 41.824.202,00 €

2. die Einnahmen und Ausgaben

des Vermögenshaushaltes je um + 2.556.627,00 € auf 6.683.257,00 €

3. der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) bleibt unverändert.

4. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bleibt unverändert.

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.

§ 3

Gemeindesteuern

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern bleiben unverändert.

§ 4

Der dem Haushaltsplan 2017 beigefügte Stellenplan bleibt unverändert.

106. Erlass einer Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Markdorf (Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung-FwKS)

- Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Riedmann erklärt kurz die Notwendigkeit des Erlasses einer Neuregelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Markdorf. Er bedankt sich bei Herrn Wiggerhauser von der Stadtverwaltung sowie Herrn Beck und Herrn Kneule von der Freiwilligen Feuerwehr Markdorf für die geleistete Arbeit. Er fragt nach, ob es noch Bedarf zur Erklärung der Satzung gebe. Herr Stadtrat Achilles möchte hier noch auf Teile des Vertragswerkes ansprechen,

z.B. weshalb hier Wasserkraftfahrzeuge aufgeführt seien. Herr Wiggerhauser erklärt dies damit, dass der Text aus einem Standardwerk übernommen worden sei.

Der Gemeinderat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Erlass einer Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung (FwKS) für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Markdorf gemäß beigefügtem Verwaltungsvorschlag zum 1.11.2017.

Der Wortlaut der Satzung wurde in der Ausgabe des Amtsblatts vom 20.10.2017 veröffentlicht.

107. Umsetzung des Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten der Stadt in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)

- Beratung und Beschlussfassung zur Verlängerung der Antragsfrist

Herr Bürgermeister Riedmann erklärt zu diesem Thema, der Personalrat bittet um eine Verlängerung der Antragsfrist.

Der Gemeinderat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt einstimmig zu Gunsten der Beschäftigten die Ausschlussfrist gem. § 29b Absatz 1 TVÜ-VKA übertariflich bis zum 30. April 2018 zu verlängern.

108. Ersatzbeschaffung eines Kleingeräteträgers für den städtischen Bauhof

- Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe des Lieferauftrages

Herr Bürgermeister Riedmann erläutert kurz die Gründe zur Ersatzbeschaffung eines Kleingeräteträgers für den städtischen Bauhof.

Der Gemeinderat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

- a) die Firma Wohlgshaft aus Ravensburg mit der Lieferung des Kommunalen Kleinfahrzeugs Hansa APZ 1003 einschließlich aller Anbaugeräten für brutto 165.240,00 € zu beauftragen.
- b) Die Mittel für die Ersatzbeschaffung des Geräteträgers mit Anbaugeräten im Haushalt 2018 bereit zu stellen.

109. Neubeschaffung eines Sicheljäähers für die Stadtgärtnerei

- Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe des Lieferauftrages

Herr Bürgermeister Riedmann geht nun auf die Neubeschaffung eines Sicheljäähers für die Stadtgärtnerei ein. Er erklärt, man habe mehrere Produkte angeschaut und sich dann für ein Produkt, einen John Deere entschieden. John Deere habe aber hier einen sogenannten Gebietsschutz, weshalb man dieses Gerät auch nur bei einem Fachhändler kaufen könne. Das kleinere Alt-Gerät werde zu einem geringeren Rückkaufswert zurückgenommen. Man möchte den Mäher im Jahr 2017 bestellen und bezahlen, ausgeliefert werde er jedoch erst 2018. Frau Stadträtin Sträble möchte wissen, ob man den Mäher jetzt schon bezahlen müsse, dies sei normalerweise nicht üblich. Herr Bauamtsleiter Schlegel erklärt hierzu, der Vorteil bestünde darin, das man dann bereits die Ausführung für das Modelljahr 2018 geliefert bekomme, eine Vertragserfüllungsbürgschaft müsste hierfür als Sicherheit für die Stadt hinterlegt werden. Herr Stadtrat Wild wendet ein, er finde dieses Gebaren nicht in Ordnung. Herr Bauamtsleiter Schlegel erklärt, man habe auch ein Gerät von Toro angeschaut, dies sei besser als das John Deere Gerät, jedoch auch deutlich teurer. Es gebe nur 3 Geräte die infrage kämen und die von zwei Vertragshändlern bei uns geliefert werden könnten. Herr Stadtrat Neumann fragt nach, ob man das Gerät nicht auch bei einem anderen Händler in Deutschland kaufen könne, umso den Gebietsschutz zu umgehen. Herr Schlegel erklärt hierzu, wenn dann Reparaturen zu erledigen wären, würde sie der hier ansässige Händler unter Umständen nicht machen oder wesentlich teurer als normalerweise üblich. Herr Stadtrat Heimgartner fragt nach ob auch bei der Firma Endres das Gerät angefragt wurde, dies bejaht Herr Schlegel. Hier wurde der Toro mehr angefragt. Beide ansässigen Händler seien bei den Anfragen beteiligt gewesen. Herr Stadtrat Wild möchte wissen ob man hier den Preis nicht nochmals verhandeln könne. Herr Schlegel erklärt, er werde bis zum 14.11.2017 einen neuen Preis vorlegen.

Die Vorlage wird zurückgezogen

110. Bekanntmachungen, Wünsche und Anträge

Frau Stadträtin Steffelin fragt nach dem Sachstand bezüglich des Durchgangsweges in der Mangoldstraße an. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt, es habe hierzu gute Gespräche gegeben, er bitte aber zu warten, bis er hier etwas Schriftliches vorlegen könne. Herr Stadtrat Neumann spricht die Schließung der Diskothek Lemmon an. Dies stand in allen Zeitungen. Er fragt Bürgermeister Riedmann, ob die Stadt hier aktiv nach einem Investor für eine Diskothek suchen könne. Er möchte wissen ob hier über die Wirtschaftsförderung etwas getan werden könne. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, dies sei eigentlich Sache von Markdorf Marketing. Er werde gerne schauen, ob es möglich sei, eine Disco oder Club irgendwo unterzubringen, aber bei freien Grundstücken bestehe auch eine Konkurrenz zu Industrieansiedlungen. Solche Clubs wären auch nicht von alleine erfolgreich, sondern wachsen in der Regel über Jahrzehnte. Frau Stadträtin Osswald möchte wissen, wer gegenüber der Segelfliegerhalle die Brücke über den Espengraben gebaut habe. Das sei so nicht hinnehmbar. Der Bauschutt müsse entfernt werden. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, man sei bereits mit dem Landratsamt in Kontakt und versuche, den Verursacher zu finden.

Herr Stadtrat Achilles stellt im Namen der Fraktionen der SPD, Freien Wähler und Umweltgruppe im Gemeinderat Markdorf den Antrag auf Aufhebung der unechten Teilortswahl und trägt den Antrag mit den Begründungen vor.

Die genannten Fraktionen bitten darum, den nachfolgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu nehmen. Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Die in Abschnitt VII § 17 der Hauptsatzung der Stadt Markdorf verankerte „unechte Teilortswahl“ wird für zukünftige Gemeinderatswahlen aufgehoben.

Begründet werde das Ganze unter anderem damit, die unechte Teilortswahl sei nicht mehr zeitgemäß, sie Weise deutliche Mängel auf, was zum Beispiel die Wahl der Kandidaten betreffe, sie verstoße gegen elementare demokratische Grundsätze (Gleichheitsgrundsatz). Die Sitzverteilung bei der unechten Teilortswahl berücksichtige auch nicht die unterschiedliche Entwicklung der Einwohner in den vergangenen Jahrzehnten. Die unechte Teilortswahl sei zu kompliziert und für viele Bürger nur schwer zu durchschauen, die Aufhebung der unechten Teilortswahl sei keine Benachteiligung der Ortsteile. Fazit: Die Abschaffung der unechten Teilortswahl habe zahlreiche Vorteile für die Kommune und die politischen Gruppierungen im Gemeinderat. Die Mehrzahl der Gemeinden in Baden-Württemberg als auch im Bodenseekreis sei diesen Weg schon gegangen. Markdorf solle hier nicht zurückstehen. Herr Bürgermeister Riedmann geht noch kurz auf die Tischvorlage zur öffentlichen Sitzung am 17. Oktober 2017 bezüglich des Antrags von Stadtrat Dr. Hepting bezüglich der Tempo 30 Regelung in der Ensisheimerstraße ein. Das Landratsamt Bodenseekreis

verweist hier auf die zuständige Straßenverkehrsbehörde und die einheitliche Verfahrensweise in Bezug auf Tempo 30 Regelungen vor Schulen, auch in Ferienzeiten. Die Tischvorlage werde Herrn Dr. Hepting und den anderen abwesenden Räten zugeleitet.

Ende der öffentlichen Sitzung 22:15 Uhr

Weitere Wünsche und Anträge aus den Reihen des Gemeinderates werden nicht vorgetragen. Damit schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 20:00 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer

Gemeinderat

UNTERNET